

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 9. Oktober 1924.

Nr. 238.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 90.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags (täglich) 1924.

Unser Parteiprogramm.

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, den Entwurf eines den durch den Krieg geschaffenen neuen Verhältnissen angepaßten Parteiprogramms bis zum nächsten Parteitag entweder selbst auszuarbeiten oder eine besondere Kommission mit dieser Ausarbeitung zu betrauen.“ — So lautet ein Beschluß unseres konstituierenden Parteitages in Leptýš-Schönau im Herbst 1919. Seitdem waren drei Parteitage, der Programmentwurf ist nicht vorgelegt worden. Jeder Parteitag nahm die jeweilige Motivierung des Parteivorstandes, warum er diesen Leptýš-Beschluß noch nicht zur Ausführung brachte, ohne Debatte, widerspruchlos zur Kenntnis. In der Tat fehlten bis heute grundlegende, sichere Erkenntnisse, insbesondere der voraussetzlichen ökonomischen Entwicklung, das es kaum möglich ist, wissenschaftlich wohlstudierte Programme, wie sie unsere Parteien etwa Oesterreich und Deutschland vor der Weltkatastrophe 1914—1918 hatten, zu schaffen. In der Beschreibung des Wesens und der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise durch Karl Marx, Friedrich Engels und ihrer ersten Schüler, hatten die sozialdemokratischen Programme eines ihrer Fundamente vorgefunden. In jahrzehntelangem, ruhigem Wirtschaftsleben konnte die von Marx aufgestellte und wissenschaftlich begründete Prognose der wahrscheinlichen nächsten Entwicklung des Kapitalismus als der zweite wichtigste Baustein für ein sozialdemokratisches Programm herbeigeschafft werden. Aus der Kenntnis der kapitalistischen Wirtschaft, der Hypothese der voraussetzlichen geschichtlichen Entwicklung, ergaben sich mit zwingender Logik die Zielsetzung, wichtigste Grundregeln über den Weg zum Ziele. So waren unsere Programme möglich.

Der Weltkrieg hat nun, bildlich und wörtlich, alles über den Haufen geworfen. In seinem Ende brachte er die gewaltigsten politischen Revolutionen aller Zeiten, den Zusammenbruch des russischen Zarenismus, den Zerfall Oesterreich-Ungarns und die Umgestaltung des kaiserlichen Deutschland. Die Friedensverträge — ohne Rußland — vom wahnwitzigsten Imperialismus der Siegerstaaten diktiert, wollten auch ökonomisch ein solches dauerndes Sklavenjoch für Deutschland aufrichten, das einen Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft auch nach den alten kapitalistischen Gesetzen und Methoden einfach unmöglich gemacht hätte. Dazu Rußland aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet, das gab in den letzten fünf Jahren ein Chaos ohne geschichtliches Beispiel. In dieser Zeit und in solcher Situation den tatsächlichen Zustand der ökonomischen Verhältnisse, die der Weltkapitalismus geschaffen hat, auch nur zureichend zu beschreiben, war eine blanke Unmöglichkeit, die Entwicklungstendenzen im kapitalistischen Wiederaufbau zu zeigen, blieb für jeden Nationalökonom, selbstverständlich auch für jeden sozialistischen Theoretiker, eine unlösliche Aufgabe. Die gewaltigen politischen Umwälzungen und Störungen, die Massen unter schwerer Kriegspsychose leidend, der wahnsinnige Glaube an die Gewalt allgemein verbreitet; das sind wahrlich keine Vorbedingungen, um die geschichtliche Aufgabe einer Programmgestaltung mit wissenschaftlicher Fundierung, als Ziel und Wegweiser für sozialdemokratische Parteien erfüllen zu können. So haben denn alle benachbarten Parteien, so wie die unsere, zwar beschlossene Programme auszuarbeiten, haben sich aber mit dieser Arbeit hübsch Zeit gelassen. Zwei Versuche wurden wohl gemacht, und zwar in Deutschland. Die Mehrheitssozialdemokraten gaben sich am Görlitzer Parteitag ein Programm, die Unabhängigen beschloßen in Leipzig ein Aktionsprogramm. Wenn zur Zeit des Nürnberger Vereinigungsparteitages nicht der Druck der Reaktion so elementar und der Schrei der Massen nach Einigung nicht so gewaltig

Die Sozialversicherung — Gesetz.

Prag, 8. Oktober. In der heutigen Sitzung des Senates gelangte die vom Abgeordnetenhause beschlossene Sozialversicherung zur Annahme, so daß nur noch die Unterschrift des Präsidenten zu ihrer Gesetzgebung nötig ist. Am zweiten und letzten Tage der Senatsdebatte über die Sozialversicherung erschienen auf der Rednertribüne acht Sprecher der Koalitionsparteien, die kein neues Moment in die Debatte trugen und deren namentliche Aufzählung wir uns deshalb ersparen wollen. Nur die Ausführungen der tschechischen Sozialdemokratin Čadcein entbehrten insofern nicht jeden Interesses, als die tschechische Genossin deutlich die Ausführungen unserer Genossin Berthgen über die Zurücksetzung der Frauen in der Sozialversicherungsvorlage unterließ und schließlich — so wie unser Genosse Lin! — die Hoffnung aussprach, daß über die Sozialversicherung noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Von deutscher Seite sprachen in der Debatte außer den Sozialdemokraten der Nationalsozialist Fahrner — er sprach von der „realistischen Wirtshaft“ seiner Partei — und die deutschnationale Senatorin Herzog. Während die zwei sozialdemokratischen Rednerinnen den Standpunkt der proletarischen Frau in der Debatte gewahrt hatten, hatte Frau Herzog nur die nationale Seite angefochten. Die Debatte wurde in ruhigem Tone geführt, nur beim Schlussworte des Berichterstatters kam es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Dr. Soukup und den kommunistischen Senatoren Chlamecký und Kautský. Später mischte sich auch Piráček in den Streit, der mit urwüchsig-berben Ausdrücken geführt wurde, deren Wiedergabe die Würde des Senates nicht heben würde. Alle Streitenden erhielten vom Vorsitzenden einen Ordnungsruf. — Als der Berichterstatter im Schlussworte davon sprach, daß für die Durch-

gewiesen wären, die zwei Programme hätten ein ernstes Hindernis der Wiedervereinigung des sozialistischen Proletariats in Deutschland werden können. Programme, im Herenkessel der letzten fünf Jahre gezeugt, mußten Unheil stiften. Das Leipziger Aktionsprogramm der Unabhängigen trug einen schweren Ballast kommunistischer Irrtümer, das Görlitzer Programm, durch das sich die Mehrheitssozialisten doch besonders scharf von Kommunisten und Unabhängigen unterscheiden „mußten“, ließ wieder geschichtliche Entwicklungsmöglichkeiten außer Betracht, hatte eben die Fehler an sich, die unvermeidlich sind, wenn man während der letzten fünf Jahre es unternahm, ein Parteiprogramm zu schaffen.

Der Nürnberger Vereinigungsparteitag setzte eine Kommission zur Ausarbeitung des Parteiprogrammes ein, der Vorsitzende ist bekanntlich Genosse Karl Kautsky, von dessen Arbeiten noch nichts bekannt geworden ist. Vermutlich wird erst jetzt, nach dem Londoner Abkommen, und wenn Deutschland aus seiner schweren politischen Krise sich durch Neutralität einigermaßen erholen sollte, an die Aufnahme der Arbeiten durch die Kommission gedacht werden können.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie hatte auf ihrem letzten Parteitag in Währ.-Strau, nach einem Referat des Genossen Stivin, den Beschluß gefaßt, vorläufig ebenfalls von einer Schaffung des Parteiprogramms Abstand zu nehmen. Die Bedeutung dieses Beschlusses ist in der sozialistischen Öffentlichkeit der Tschechoslowakischen Republik vielleicht nicht genügend gewürdigt worden. Zweifellos bestand in der tschechoslowakischen Partei eine starke Strömung, ähnlich wie in Görlitz seinerzeit, die deutschen Mehrheitssozialisten, ein Programm zu beschließen. Wie das ausgesehen hätte, kann man mit Schauliern ahnen. Eine Partei, die seit Jahren in fester Koalitionspolitik mit allen bürgerlichen Parteien des

Führung der Sozialversicherung im alten Oesterreich Wien den Winderheiten keine genügende Garantie für Objektivität bot, meinte Genosse Dr. Heller: „Dieselben Befürchtungen hegen wir von seiten Prag!“ Bei der Abstimmung stimmten unsere Genossen für jene Paragrafen, bei denen wir keine Änderungsanträge gestellt hatten; bei den Paragrafen, wo Änderungsanträge von unserer Seite gestellt waren, stimmten wir für unsere Anträge und gegen die Fassung des Ausschussberichtes. Die Kommunisten stellten sich auf den bequemeren Standpunkt, daß nichts zu machen sei und stellten nicht einen Änderungsantrag! Der Deutschnationalen Partei wiederum fehlte bei der Abstimmung über seinen eigenen Antrag und für einen Antrag Herzog, betreffend die freie Arztwahl erhoben sich von den Deutschbürgern im ganzen zwei Hände! Nach beendeter Abstimmung gab es bei den tschechischen sozialistischen Parteien großen Beifall und dem Minister Fahrman wurde allseitig gratuliert.

Nachstehend die Reden unserer Genossen: **Genossin Berthgen** erklärt, eine große Enttäuschung für die Arbeiter bedeuten die Bedingungen, an die die Gewährung einer Witwenrente geknüpft ist. Aus dem Umfange, daß die Arbeiterfrau in die Arbeit gehen muß, wird Kapital geschlagen und ihr die Witwenrente nur gewährt, wenn sie invalid ist. Die Renten für Kinder unter 17 Jahren sind viel zu niedrig, es hätte der Staat weiters auch die Pflicht, für die unehelichen Kinder zu sorgen. Rednerin verweist hier darauf, daß es hoch an der Zeit wäre, das große Unrecht, das in bezug auf Gleichstellung der Wit- und Reupenrentisten besteht, baldigt zu beseitigen und eine Neuregelung durchzuführen. Tausende leben in Not und erhoffen sich von jedem Sessionsabschnitte des

eigenen Volkes vertriebt, ja fast schon verwaist zu fühlen, hätte, um ihre Existenz programmatisch zu stützen, unheimlich weit nach rechts ausgeholt. Ein solches Programm wäre, bei tiefgreifender Aenderung der politischen Verhältnisse in diesem Staate, die doch eine ebenso tiefgehende Veränderung in der Politik der tschechoslowakischen Sozialdemokratie bedingen müßte, ein schweres Hindernis für eine Wendung der Umkehr geworden. In der praktischen Politik ist doch fast gar kein Unterschied zwischen den tschechoslowakischen Sozialdemokraten und den tschechischen Sozialisten (Nationalsozialisten). Daß die Verschmelzung der beiden Parteien nicht schon erfolgt, ist vielleicht mehr an inneren Lebensgesetzen der Parteien und Führerfragen gelegen, als an ideologischen, programmatischen Unterschieden. Hier hat nun der Internationale Sozialisten-Kongress in Hamburg eine, wenn auch bescheidene Erneuerung gebracht. Die tschechischen Sozialisten hatten sich bekanntlich auch zum Hamburger Kongress gemeldet, sie wurden aber nicht zugelassen. Immerhin ist es bemerkenswert, daß die tschechischen Sozialdemokraten absolut nicht der treibende Faktor gegen die Aufnahme der Nationalsozialisten in die sozialistische Internationale waren, sie vielleicht, im Gegenteil, die Ausnahme ganz gern gesehen hätten. Nur ist aber durch die Hamburger Beschlüsse, wonach nur die tschechoslowakische Sozialdemokratie der Sozialistischen Internationale angehört, wenigstens ein kleines Unterscheidungsmerkmal — dessen praktische Bedeutung für das politische Leben keinesfalls überschätzt werden darf — entstanden. Daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie auch kein Programm beschloßen hat, das etwa sinnfällig die Unterschiedlichkeit der beiden Parteien zum Ausdruck hätte bringen müssen, ist auch ein kleiner Vorteil für — spätere Beschlüsse. Wir sind eben bei der Beurteilung des Verhaltens der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in allen Fragen des Sozial-

11.000 streikende Porzellanarbeiter in 39 Betrieben.

Karlsbad, 8. Oktober. (Eigenbericht.) Nun schließen sich auch die letzten Betriebe dem Streik an. Die Arbeiter der Porzellanfabriken Brüder Spigel in Tiffau (Leptýš Bezirk), Sommer u. Kacal in Schlaggenwald, sowie Bihl u. Comp. in Ladowitz haben die Arbeit niedergelegt. Die Anzahl der Streikenden beträgt in 39 Betrieben bereits über 11.000.

Parlamentes, daß ihnen gewiß gerechten Forderungen Rechnung getragen wird. Aber es bleibt nur bei Versprechungen. Wir fordern die Regierung auf, diesen Armen endlich einmal zu helfen und das große Unrecht ebensolcher Regelung zu unterziehen.

Der Arbeiter Šavajl Horac für die ganze Gesellschaft, er selbst lebt in Not und Sorge, er baut Paläste und wohnt selbst mit seiner Familie in einer elenden Stube. Er macht allen Schmutz, Kleider, Schuhe, wenn er aber krank und siech wird und wenn ihn der Tod abberuft, dann irren oft seine Frau und seine Kinder hilflos in der Welt herum. Die Sorge um das nackte Leben richtet ihn oft zugrunde und treibt ihn in das Verderben. Er hat sein Leben lang der Gesellschaft, dem Vaterlande, treue Dienste geleistet und es ist daher ein billiges Verlangen, daß er sein Weib und seine Kinder geschützt weiß. Eine vor-Büchergeld- und sozialer Weisheitsvolle Regierung müßte die Frau, die durch Berufsarbeit, Haushalt und Kindererziehung überanstrengt ist, schützen. Dies vermissen wir in der Vorlage. Es wäre wünschenswert, wenn die Regierung all diese Mängel, die noch in der Vorlage enthalten sind, prüfen und trachten würde, diese zu beseitigen, damit die Arbeiterfamilie, die jahrzehntlang auf die Alters-, Witwen- und Waisenversorgung wartet, endlich einmal eine wirkliche Versicherung erhält, denn sie wäre dadurch von einer großen Sorge für die Zukunft befreit. (Beifall.)

Wissens und der Internationale sehr beiseite geworden!

Wenn in der nächsten Zeit unsere große Arbeiterpartei in Deutschland, oder unser großer Bruder in Oesterreich an die Ausarbeitung von Programmen schreiben werden, dürfte es sich zeigen, daß trotz Weltkrieg und Friedensverträge nach marxistischer Erkenntnis und nach den marxistischen Methoden, die die Jünger des großen Meisters gerade in Oesterreich und Deutschland souverän beherrschen, die Wirtschaftsbearbeitung und die Aufzählung der ökonomischen und historischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise sich von unseren Erkenntnissen in der Vorkriegszeit wenig unterscheiden. Dasselbe gilt für die Zielsetzung. Neu wird sein weniger die Theorie des Sozialismus, sondern die Fülle von Lehren für die sozialistische Taktik und Praxis. Was in früheren Programmen über den Weg zum Endziel, über die Anwendung der Mittel des Klassenkampfes zur Eroberung der politischen und ökonomischen Macht des Proletariats zur Überwindung des Kapitalismus nur in sehr allgemein gehaltenen, großen Linien angedeutet werden konnte, das werden die neuen Programme konkreter, verständlicher. Seit 1914 haben wir über den Weg zur Macht viel gelernt und erfahren, das in einem Parteiprogramm verarbeitet werden muß, daß auf diesem Gebiete das eigentlich Neue in Erscheinung treten wird. Doch diese Kleinführung werden die Großen im sozialistischen Reich zu vollbringen. Wir, eine kleine Partei, die unter so ganz außergewöhnlichen Verhältnissen unüberwindlich schwerer politische Tagesarbeit zu leisten haben, als unsere Nachbarn, wir werden über unser Programm doch wohl erst nachdenken, bis die hervorragendsten Theoretiker des Marxismus und die erfahrensten Praktiker in den proletarischen Kämpfen der letzten Jahre mit ihrer geschichtlichen Aufgabe der Programmgestaltung fertig sind.

Genosse Link

meint, daß alle, die mit Sehnsucht auf die Fertigstellung des Gesetzes warten, ungeheuer enttäuscht sein werden, denn das Gesetz bietet nicht das, was man erhoffen sollte. Rückständig zeigt sich die Vorlage besonders in ihren Bestimmungen über die Krankenkassen, welche eine bedeutende Verschlechterung der gegenwärtigen Verhältnisse bringen. Die einzigen, welche von der Vorlage befriedigt sein können, sind die Agrarier.

Wir sind so naiv anzunehmen, daß die Vorlage im Jahre 1926 in Kraft tritt. Ich gebe mich dieser Täuschung nicht hin, denn der größte Fehler wurde dadurch gemacht, daß von den bürgerlichen Parteien erklärt wurde, das Gesetz werde in Kraft treten, wenn die Versicherung der Selbständigen fertig sein wird. Was hat man aber für die Versicherung der Selbständigen vorbereitet? Gar nichts. In keinem Staate der Welt können Sie Materie hierfür holen. Gestern tagte eine Kommission für die Selbständigerversicherung, bei der Beratung fehlten alle Unterlagen, es ist ein bißchen geplaudert worden, die Herren sind auseinandergegangen. Wie oft werden Sie zusammenkommen und wieder auseinandergehen! Die lange hat nur die Fertigstellung der Vorlage über die Sozialversicherung für die Arbeiter gedauert. Und nun die Bestimmung, daß das Gesetz nicht früher in Kraft treten kann, bevor nicht die Sozialversicherung für die Selbständigen in Kraft tritt. Kurzum, die Sache wird verschleppt. Es würden alle Herren in große Vorlegenheit kommen, wenn sie an einer Straßenecke von einem hilfsbedürftigen Menschen, einem Bettler gefragt würden: „Wann kriegt ich die Invalidenpension?“ Entweder müßten Sie ihn anlügen oder sagen: „Ja, weiß es nicht.“ So steht es mit der Sozialversicherung. Jehnhaufende Menschen werden erst hungrig und elend zu Grunde gehen müssen, bevor überhaupt die erste Krone Unterstützung zur Auszahlung gelangen soll. Wer hat nun an diesem Zustand mitschuldigen, wer hat es verschuldet, daß ein so verschlechtertes Gesetz kommen mußte?

Die Dinge sind so: Schon im alten Oesterreich wäre es möglich gewesen, die Sozialversicherung zu schaffen. Sie ist damals mit Absicht von den bürgerlichen Parteien verschleppt worden. Man konnte sie in diesem Staate schon früher schaffen, sie ist aber ebenfalls hinausgeschoben worden.

Alle jene, die mitschuldigen haben, daß es soweit gekommen ist, daß das Gesetz nur auf dem Papiere steht, aber in Wirklichkeit nicht in Kraft tritt, werden das vor der Geschichte verantworten müssen. Es kommen nicht bloß bürgerliche tschechische Parteien in Betracht, auch die Moskauer Bolschewiken in diesem Staate tragen die Verantwortung hierfür, daß sie hierbei mitschuldigen haben, da sie das Vorkriegsregime dieses Staates gespaltet und ohnmächtig gemacht haben.

Wir wissen, daß unsere Anträge abgelehnt werden und keine Gnade vor der Koalition finden werden. Wir werden aber trotzdem für die Vorlage stimmen. Wir wissen, daß die Welt nicht stille steht, daß die wirtschaftliche und politische Entwicklung mit Riesenschritten nach vorwärts geht. Wir sehen das in allen Staaten; es wird auch in diesem Staate die Arbeiterklasse erwachen und einsehen, daß Verschlechterungen der sozialpolitischen Gesetzgebung nur kommen, wenn die Arbeiterschaft nicht einig ist. Durch die Einigkeit der Arbeiterklasse und durch einen geschlossenen Kampf wird es möglich sein, in späteren Kämpfen diese Sozialversicherung zu verbessern.

Fortdauer der deutschen Regierungskrise.

Die Verhandlungen bisher ergebnislos. — Forderungen der Sozialdemokraten an den Reichskanzler.

Berlin, 8. Oktober. (Eigenbericht.) Bei den heutigen Beratungen der Reichstagsfraktionen hat sich das eigenartige Bild ergeben, daß eigentlich alle Parteien mit den Richtlinien des Reichskanzlers einverstanden sein wollen und weitere Verhandlungen wünschen. In Wirklichkeit ist die Frage der Regierungserweiterung nicht vom Fleck gekommen. Vorläufig hüten sich aber die Rechtsparteien noch davor, durch die Klarstellung ihrer Forderungen für die künftige Politik die Auflösung des Reichstages zu veranlassen. Es wird jetzt weiter verhandelt werden, aber es ist kaum anzunehmen, daß die Krise durch eine Erweiterung des Kabinetts Marz gelöst werden wird.

Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt heute eine mehrstündige Sitzung ab; sie beschloß, ein Schreiben an den Reichskanzler zu richten, in dem die Klarstellung einer Reihe von Punkten gewünscht wird. So wird bemängelt, daß in den Richtlinien zwar von dem Schutze der Verfassung gesprochen werde, daß aber das Wort „Republik“ darin nicht erwähnt werde. Es stehe aber fest, daß sich die Führer der Deutschnationalen erst in diesen

Tagen gegen die Republik ausgesprochen haben. Es komme ferner jetzt darauf an, vor aller Welt klarzustellen, daß sich die Regierung auf die Fortführung der bisherigen Außenpolitik des Kabinetts Marz festlege. Der Eintritt in den Völkerbund müsse erfolgen und das Washingtoner Abkommen ratifiziert werden. Schließlich verlangt die Fraktion eine genaue Präzisierung der künftigen Steuer-, Wirtschafts- und Handelspolitik. Es wird alles geschehen müssen, um das Los der wirtschaftlich Schwachen zu heben. Die Fraktion erklärt sich zu weiteren Unterhandlungen bereit. Ende dieser oder Anfang nächster Woche wird sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut mit der Frage der Regierungserweiterung befassen.

Heute neue Bepfehlungen.

Berlin, 8. Oktober. Der Reichskanzler hat die Führer der Regierungsparteien zu einer neuen Besprechung über die Regierungserweiterung für Donnerstag vormittags zu sich geladen. In diesen Verhandlungen soll hauptsächlich das Ergebnis der Fraktionenberatungen erörtert werden.

Der Freibankkongreß in Wien.

Wien, 8. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Internationalen Kongresses der proletarischen Freibanker wurden zwei Resolutionen angenommen. In der ersten Resolution heißt es: Der Kongreß hält seinen feinsten Grundsatze daran fest, daß aus öffentlich-rechtlichen Mitteln seiner religiösen Organisation Organisationen unter das Vereinsgesetz zu stellen sind, daß daher die Unterscheidung zwischen gesetzlich anerkannten und nichtanerkannten Be-

kennnissen zu entfallen habe. Er lehnt auch jede Behandlung der proletarischen Freibankorganisation als einer staatlich anerkannten und jede Dotierung durch den Staat grundsätzlich und energisch ab.

In der zweiten Resolution sind nachstehende Forderungen aufgestellt: 1. Aus allen staatlichen Besetzen ist jede Bezugnahme auf konfessionelle Verhältnisse zu entfernen. 2. Die prinzipiellen Freiheitsrechte der Staatsbürger sind im Wege international-gesetzlicher Festlegung gegen jede Beeinträchtigung innerstaatlicher Tendenz zu schützen.

Zwei weitere Finanzgesetze erledigt

Die Debatte über das Gesetz betreffend die Errichtung eines besonderen Fonds der Geldinstitute zwecks Verringerung der durch die Kriegsverhältnisse entstandenen Schäden und über das Gesetz, durch welches die Regierung ermächtigt wird, Forderungen aus der Kriegszeit zu übernehmen, wurde in einem abgelehnt.

Genosse Reyzl, der einzige Debatteredner, meinte: Die Finanzgesetze, welche dem Senate vorliegen, haben durchwegs den besonderen Charakter von Ermächtigungsgesetzen. Das Gesetz über die Berechtigung der Regierung zur Übernahme der Forderungen aus der Kriegszeit fordert unsere Kritik heraus und wir müssen uns gegen das Gesetz stellen schon aus dem Grunde, weil es heute eigentlich gegenstandslos ist. Alle diese Forderungen sind heute bereits längst getilgt durch die vorgenommenen Abschreibungen und die Kriegslieferanten erhalten daher ein Gleiches, das mehr als eine halbe Milliarden Kronen ausmacht. Hierbei muß bemerkt werden, daß die größten Summen allerdings die großen Unternehmungen erhalten, während der kleine Gewerbetreibende, der hinter der ehemaligen Monarchie eine Forderung besitzt, sich sehr täuschen würde, wenn er annehmen wollte, daß er befriedigt werden wird. Wir sind auch der Ansicht, daß aus volkswirtschaftlichen Gründen ganz andere Dinge gemacht werden müßten als Geschenke an jene, die es verstanden haben, sich bei-eiten bezahlt zu machen.

Aus den angeführten Gründen stimmten unsere Genossen gegen das Gesetz, welches von der Koalition angenommen wurde.

Ein lärmender Zwischenfall.

Die beiden Berichterstatter über die Finanzgesetze polemisierten in einer höchst demagogischen Weise mit den Ausführungen des Genossen Reyzl, so daß unsere Genossen in stürmischer Weise ihrem Protest gegen die Art der Berichterstatter Ausdruck gaben. Senator Dr. Karas meinte, es gäbe einen Unterschied zwischen den Kriegsforderungen und der Kriegsanzlei, weil die Kriegsanleihe den Krieg verlängert habe. Genosse Dr. Keller antwortete: „Sie bezahlen die Granaten, die Ihre Soldaten umgebracht haben!“

Zahlreiche Zwischenrufe prasselten über den agrarischen Priester Kroscher nieder, als er sich in Ausfällen gegen die Deutschen erging. Als er versicherte, die Koalition habe zur Regierung das größte Vertrauen, meinte Dr. Keller: „Ich gratuliere Ihnen zu dieser Regierung.“ Als Kroscher die Rednertribüne verließ und seine Mitkollegen desfalls küßte, hörte man ironische „Hoch Kroscher“-Rufe aus den Reihen der deutschen Sozialdemokraten. Genosse Riehn er bemerkte, zu Kroscher gäwandel: „Sie machen Ihrem Priesterkleide die wenig Ehre!“

Unter allgemeiner Bewegung wurde die Sitzung geschlossen.

Die Reform des Fortbildungsschulwesens.

Von Felix Skoutajan-Ausfig.

Mit den wachsenden geistigen Anforderungen im wirtschaftlichen Leben von heute ist auch eine Steigerung der Anforderungen an allgemeinen Kenntnissen bei den Gewerbetreibenden eingetreten. Längst vorbei ist die Zeit, da ein Schuster, leidlich mit Mutterwitz ausgestattet, sein Leben fristen und ein ausgezeichneter Schuhmacher werden konnte, wenn er nur sein Gewerbe verstand. Tagtäglich tritt er einem komplizierten Behördenapparat gegenüber, die fortschreitende Technik stellt ihn tagtäglich vor neue Aufgaben, die nur indirekt mit seinem Gewerbe zusammenhängen. Er muß über sein Geschäft eine Buchhaltung führen, muß sich in Steuerfragen und im öffentlichen Leben auskennen. Die Technik hat eine Reihe Erfindungen gebracht, die er ebenfalls kennen lernen muß. Es ist daher insbesondere für den gewerblichen Nachwuchs von höchster Bedeutung, daß er neben der praktischen Ausbildung in allen Teilen des öffentlichen Lebens richtig aufgeklärt wird. Die richtige Erziehung des gewerblichen Nachwuchses ist geradezu eine Existenzfrage des heutigen Gewerbestandes in seinem Daseinskampfe gegen den übermächtigen Industrialismus.

Schon in den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts spielte die Frage der theoretischen Erziehung des gewerblichen Nachwuchses eine wichtige Rolle. Damals entstanden in unserer Heimat die ersten Fortbildungsschulen. Sie waren lediglich dazu bestimmt, dem Gewerbetreibenden und seinem Nachwuchs nach vollendeter Arbeitszeit die notwendigen theoretischen Unterweisungen zu geben. In Prag wurde im Jahre 1873 eine Sonntagfortbildungsschule für die Gewerbetreibenden errichtet, im Jahre 1875 kam die böhmische Industrieabendschule an der Prager Oberrealschule und schon im Jahre 1882 bestanden 64 sowohl gewerbliche als auch kaufmännische Fortbildungsschulen. Die großen Fortschritte auf diesem Gebiete veranlaßten endlich den Staat, wegdem einzugreifen. In einem Erlasse des Ministeriums für Kultur und Unterricht vom Jahre 1888 wurde festgesetzt, daß es Sache der lokalen Interessenten sei, für die Errichtung und Erhaltung der Schulen zu sorgen. Das war aber auch schon alles. Erst allmählich gelang es, die Regierung von der Notwendigkeit der gewerblichen Fortbildungsschulen zu überzeugen. Inzwischen ging es mit dem Ausbau der Fortbildungsschulen rastlos weiter. Bestanden in Böhmen im Jahre 1882 erst 64 Schulen, so konnte man im Jahre 1906, also nach Ablauf kaum eines Vierteljahrhunderts, bereits 492 Schulen zählen. Die Erkenntnis, daß der Unterricht an den Volks- und Bürgerschulen im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen der Technik und des öffentlichen Lebens nicht mehr genügt, zog nun immer weitere Kreise. Und 1918 gab es in Oesterreich bereits 255.560 Lehrlinge, das sind 73 Prozent aller Schellinge, die die Fortbildungsschule besuchten. Der gewaltige Aufschwung offenbart sich allerdings nicht allein in der stetig steigenden Zahl der Schulen und Schüler, auch die Art des Unterrichts und der Unterrichtsverteilung entwickelte sich. Ursprünglich war der Unterricht nur auf das Allernotwendigste beschränkt. In den ausgedehnten gewerblichen Fächern kamen allgemeine Wissensgebiete: Bürgerkunde, Korrespondenz, Buchhaltung, Rechnen, Schreiben, Geschichte, Geographie und schließlich auch Religion dazu. Eine Verfachlichung des Unterrichts lag

Der sibirische Express.

Roman von Frank Heller.

Copyright by G. Müller, München.

Um halb sechs Uhr trat der Senat zusammen. Um sechs Uhr trat der Senatspräsident auf einen Balkon des Rathauses heraus. Er forderte die Menge auf, sich zu zerstreuen. Die Aufforderung verlang vor tauben Ohren. Er forderte sie auf, Deputierte zu entsenden, um zu erklären, was sie wünschten. Niemand antwortete auf seine Aufforderung, aber man begann ihn zu bemerken. Schließlich bat er die Menge, ihm persönlich zum Ausdruck zu bringen, was sie wünschte.

Die Antwort kam dumpf und undeutlich, in Wellen von den äußersten Ranten der Menschenmasse, heranrollend, steigend und steigend bis ein heiserer Ruf wie eine Sturmssee an die Fassade des Rathauses prallte: „Wir wollen die Räterepublik! Wir wollen keinen Kopf und die Köpfe aller Bürger!“ Der Senatspräsident verschwand. Der Senat setzte seine Beratung schleunigst fort. Die Situation war nicht mehr mißzuverstehen. Im Hinblick auf die militärische Hilflosigkeit des Freistaates beschloß man, sich an die polnische Regierung zu wenden und um bewaffneten Beistand zu ersuchen. Als das diesbezügliche Telegramm das polnische Hauptquartier spät nachts erreichte, rief es dort einige Heiterkeit hervor. Die polnischen Truppen waren schon seit einer Stunde auf dem Marsch nach Danzig, aber wahrscheinlich nicht, um die Regierung des Freistaates zu schützen.

VI.

In einem Hause am Himmelsfahrtskanal, dessen solide Mauern es gegen den Lärm der Umwelt schützten, standen zwei gelehrte Herren in die Betrachtung eines kolossalen Erdglobus versunken. Beide sahen aus als ob sie die Nacht in den

Kleidern verbrächt und nach ihrem Erwachen sehr wenig zu essen bekommen hätten. Es war jetzt sechs Uhr nachmittags, und durch die Waskuppel des Raumes strömte ein milbes Nachmittagslicht herein.

„Baranoia,“ befragte Gerdt Lyman. „Aber eigentlich durch den totalen Mangel an Diffimulation,“ sagte der Professor. „Er kannte die Kunst, sich zu verstellen, nicht.“

„Er hat den Erdglobus gebaut, bevor er — bevor sie Bewachung ordinierten, Herr Professor?“

„Schon lange vorher. Er war typisch verrückt, lange bevor ich eintriff. Seine Manie war zu reisen — eine vollkommen sinnlose Manie, da er von jeder Reise ebenso verrückt zurück kam als er weggefahren war. Er jagte nur unaufhörlich um den Erdball herum, unaufhörlich. Und als ob das nicht genug wäre, ließ er das Haus umbauen, um für diesen Globus hier Platz zu bekommen. Er wollte imaginäre Reisen machen, wie er sich ausdrückte! Haben Sie je so etwas gehört?“

Gerdt Lyman sah den Globus an. „Eigentlich liegt etwas Faszinierendes in einem Erdglobus,“ sagte er. „Manchmal habe ich mich selbst darauf überrascht, dazusitzen und über einer Karte zu träumen. Und ein Globus wie dieser hier — man sieht die Länder, man glaubt die Meere zu hören.“

„Sie haben vielleicht Lust zu einer Reise mit dem sibirischen Express?“ fragte Professor Freudenthal ironisch. „Bitte sehr! Goldschmidt hat die Räder sicher geschmiert.“

„Wenn Goldschmidt uns Heber etwas zu essen geben wollte!“ sagte Gerdt Lyman. „Wo bleibt er denn? Es ist über sechs Uhr. Still! Was war das? Ist das er?“

Sie lauschten. Ein undeutliches Murmeln kam von draußen. Aber von dem riesenhaften

Auffeher, der sie gefangen hielt, war nichts zu hören.

„Sagen Sie mir, Herr Professor,“ sagte Gerdt Lyman, wurde er eigentlich wegen Neugierde eingesperrt?“

Der Professor zerrte ungeduldig an seinem Schnurrbart.

„Ich wurde von der Familie gerufen,“ sagte er, „von einem Bettler, Kasimir Strüvermann, der ganz entsetzt über die Art war, wie sein Bettler Paul Strüvermann mit seinem Gelde umging. Vermutlich nicht aus uneigennütigen Motiven. Er selbst war nicht so gut daran wie Paul. Pauls Familie war feinerreich — Generation für Generation von Kaufleuten, bis dieser Nichtsnutz Paul als Abschluß kam. Er hat wohl zwei Millionen Mark geerbt. Aber das Geld ließ ihm zwischen den Fingern durch. Ich wurde gerufen. Es war, weiß Gott, nicht schwer, Baranoia und die Notwendigkeit einer Vormundschaft zu konstatieren. Als er begriff, welche Wendung die Sache nahm — wie alle Irrsinnigen dieser Art, war er nichts weniger als bumm — geriet er ganz außer sich und machte einen Versuch, mich zu ermorden, der glücklicherweise mißlang. Hieraus zögerte ich nicht, strenge Bewachung vorzuschreiben. Kasimir schlug vor, ihn hier in seinem sonderbaren Hause bewachen zu lassen, ich hatte nichts dagegen. Hier hatte er es so, wie er es haben wollte; er hatte sein Spielzeug — den Globus hier und die Bahn; ich mußte an den alten Psychopathen Papner denken, der Weststrand-heit durch eine ähnlliche Maschine kurieren wollte. Kasimir nahm Goldschmidt auf. Sie haben selbst einen Beweis von Goldschmidts Körperkräften bekommen. Nach ein paar Fluchversuchen weigerte sich Paul Strüvermann, ein weiteres Wort zu Goldschmidt zu sprechen, oder anzuhören, was er sagte. Wenn ich zu Besuch kam, slog er wie ein Affe die eisernen Reitern hinauf und bombardierte

mich mit Büchern und Stühlen. Hätte Goldschmidt ihn gelassen, er würde mich ermordet haben.“

„Und wenn er Sie jetzt kriegt,“ sagte Gerdt Lyman, „dann ermordet er Sie auch. Das hat er in meiner Gegenwart klar und feierlich gelobt.“

Professor Freudenthal erschauerte leicht.

„Er ist undankbar genug, um so etwas zu tun! Aber hier bin ich wenigstens sicher, ihm nicht zu begegnen. Was meint Goldschmidt eigentlich? Ist es nicht genug, daß er uns gefangen hält? Bedenkt er uns auch noch auszuhungern?“

Sie lauschten. Das selbe Gemurmel wie früher war von draußen zu hören, aber keinerlei Geräusch, das auf die Rückkehr des Wächters schließen ließ.

„Wie lange sind Sie hier schon gefangen, Herr Professor?“

Drei Tage. Ich war unvorsichtig genug, nicht an dem Abend, an dem er durcheinand, herzuwagte. Goldschmidt sah sofort seine Chance.“

„Und wie lange, glauben Sie, daß er uns hier behält?“ fragte Gerdt Lyman.

„Mich behält er, damit ich Kasimir nicht ausplaudern kann, daß der Bettler durchgegangen ist. Sie läßt er nicht vor mir los. Es kann lange dauern, bis wir frei sind. Denn bis er nicht das Gold gefunden hat —“

„Welches Gold?“ sagte Gerdt Lyman, nicht ohne ein Bittern in der Stimme.

„Als man Paul Strüvermanns Finanzen unterfuchte, zeigte es sich, daß er seine ganze Erbschaft realisiert hatte. Nicht einen großen Teil, sondern alles. Zwei Millionen mit Zinssumme und Zitel, bis auf eine Bagatelle, die gerade für seinen eigenen Unterhalt reichte! Kasimir platze bei nahe vor Wut. Er wollte nicht glauben, daß es wahr sei. Er war steif und fest davon überzeugt, daß mindestens noch eine Million da sein müsse. Nach dieser Million sucht er seit sechs Jahren

(Fortsetzung folgt.)

Die entscheidende Unterhausfikung.

Die Anträge der Konservativen und Liberalen eingebracht. — Macdonald bleibt fest.

London, 8. Oktober. (Eigenbericht.) Heute nachmittags trat das Unterhaus zu der mit der größten Spannung erwarteten Sitzung zusammen, die über das Schicksal des Arbeiterkabinetts entscheiden soll. Die Abstimmung wird nach den bisherigen Dispositionen nicht vor elf Uhr nachts stattfinden, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß sie auf morgen vertagt werden wird.

Den kritischen Geschäftsordnungsgegenstand bildet der Antrag der Konservativen, dem Generalstaatsanwalt, dem höchsten richterlichen Beamten in England, der bei jedem Kabinettswechsel neu ernannt wird, einen Tadel auszusprechen, weil er die Strafverfolgung des kommunistischen Redakteurs Campbell aufgehoben hat. Campbell hat vor einiger Zeit erklärt, daß die Aufhebung der Strafverfolgung auf politischen Druck hin erfolgt sei. Die Konservativen nehmen an, daß der Generalstaatsanwalt zu dieser Einstellung durch die Regierung veranlaßt worden sei. Das ist der Ausgangspunkt des konservativen Antrags. Zu diesem Antrag haben die Liberalen einen Zusatzantrag gestellt, der eine Untersuchung dieser Vorgänge verlangt. Macdonald hat erklärt, daß er den Tadel gegen den Generalstaatsanwalt nicht zulassen werde, und daß er den liberalen Antrag auf Untersuchung als ein beleidigendes Mißtrauensvotum auffasse.

Der Generalstaatsanwalt erklärte, die Strafverfolgung sei von der ersten Instanz unbedacht auf eingeleitet worden. Er habe sie auf-

gehoben, als er erfuhr, daß Campbell sich im Kriege ausgezeichnet habe und auch verwundet worden sei. Dem Premierminister sei am 6. August gesagt worden, daß Campbell vor Gericht erscheinen müsse, und da habe Macdonald die Meinung ausgesprochen, daß dieser Prozeß nicht durchgeführt werden solle. Macdonald habe später bestritten, daß er in dieser Frage zu Rate gezogen worden sei. Ferner, wenn er den Begriff „Krieg“ in seinem technischen Sinne meinte, sei er berechtigt, das zu sagen. Man wirft ihm jedoch vor, daß er damit den Glauben erwecken wolle, er habe von der ganzen Angelegenheit nichts gewußt.

Die Begründung des konservativen Mißtrauensantrages gegen die Arbeiterregierung erfolgte durch den früheren Minister Horne. Er erklärte, wenn es erst soweit sei, daß die Ausführung der Gesetze der politischen Zweckmäßigkeit untergeordnet werde, würde die Gerechtigkeit überhaupt verschwinden. Der Generalstaatsanwalt müsse frei von politischen Einflüssen sein.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam Macdonald zu Worte, der erklärte, daß die Voraussetzung, daß der Ministerrat einen Einfluß auf die Entscheidung des Generalstaatsanwaltes gehabt hätte, jeder Begründung entbehre. Wenn das Unterhaus entweder das Mißtrauensvotum oder den liberalen Änderungsantrag annehme, werde die Regierung zurücktreten.

Die Sitzung dauert in später Nachtstunde fort.

Die Wiener Frauen gegen den § 144.

Wien, 8. Oktober. (Eigenbericht.) Heute abends hat in der Volkshalle des Wiener Rathhauses eine massenhafte besuchte Frauenerammlung stattgefunden, die sich mit der Haltung der Mehrheitsparteien gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag auf Beseitigung des § 144 des Strafgesetzbuches über Fruchtabtreibung befaßte. Tausende Teilnehmerinnen konnten in dem überfüllten Saale keinen Platz mehr bekommen und mußten auf der Straße stehen. Es sprachen die Abgeordnete Adelheid Popp und Professor Dr. Tandler. Es wurde zum Schluß eine Resolution angenommen, in der gegen die Abstimmung im Nationalrat über die §§ 144 bis 148 protestiert wird. Dann heißt es weiter:

Die Frauen erkennen in dem feigen und verantwortungslosen Verhalten der bürgerlichen Parteien, daß ihnen Gesundheit und Leben der Töchter des Fortbildungsschulunterrichtes, da gewaltige Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Schulräume und der Lehrkräfte zu überwinden sind. Sie müssen aber im Interesse des gewerblichen Nachwuchses überwunden werden. Es müssen neue moderne Schulräume errichtet werden. Die Gemeinde Wien hat mit gutem Erfolge mit der Errichtung von solchen Lehrwerkstätten begonnen. In Schulwerkstätten müssen die Schüler die Theorie praktisch erläutert bekommen. Wir brauchen auch neue Lehrer. Ihre bisherigen Kenntnisse werden keineswegs hinreichen, wenn man bedenkt, daß es heute noch Lehrer gibt, die zwar Anspruch auf ihre Verwendung im Fortbildungsschulunterricht erheben, aber nicht einmal die vorgeschriebenen Kurse besucht haben. Die Lehrer müssen aber auch auf das praktische Leben eingestellt sein und die Grundlagen der verschiedenen Gewerbe kennen. Daß solche Lehrer hauptsächlich angestellt sein müssen, ist selbstverständlich. Gleichzeitig muß sich eine Revolution im Lehrplane vollziehen. Gewerbehgiene, Arbeiterrecht, Volkswirtschaftslehre werden neben Physik und Chemie von großer Wichtigkeit im Lehrplan sein. Daneben muß der kaufmännische Unterricht gefördert werden. Mehr als jemals ist auch er als eine gründliche Weiterbildung auf dem Gebiete der allgemeinen Wissenschaften vonnöten. Ganz entschieden muß gegen die Pläne einiger Kompromißler Stellung genommen werden, die den Fortbildungsschulunterricht auf die ersten zwei Lehrjahre beschränken und das dritte Jahr völlig unterrichtsfrei lassen wollen. An dem Prinzip der dreijährigen Schulzeit muß unbedingt festgehalten werden. Schließlich sei noch festgestellt, daß sich dieser Unterricht nicht nur auf die Lehrlinge, sondern auch auf alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erstrecken muß.

In dieser Richtung hat sich das Fortbildungsschulwesen zu entwickeln. Am Ende dieser Entwicklung steht die vollkommene Aufhebung der Meisterlehre und ihre Ersetzung durch die Lehrwerkstätten. Nur ein derart ausgestattetes Fortbildungsschulwesen vermag den Anforderungen der heutigen, hochindustriellen Zeit genügen. In dieser ausgezeichneten Form liegt vor allem die Befreiung des Gewerbestandes. An dieser Reform sind aber auch wir als Sozialisten ungeheuer interessiert. Der Sozialismus braucht nicht nur kassenbedürftige Kämpfer, er braucht ebenso gute Monteur, Elektriker, Tischler, Schlosser, Schuster, Schneider u. s. f., kurzum, einen theoretisch und praktisch geschulten Arbeiterstand.

Der Kampf der Jugend um die Reform der Fortbildungsschule ist ein Kampf um die Vorbereitungen für den Sozialismus. Es ist ein weiter, harter, steiniger Weg. Er wird von Erfolg

Frauen des Volkes gleichgültig ist, und sprechen den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien wegen ihrer Abstimmung die schärfste Mißbilligung aus. Sie fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, noch energischer als bisher gegen die schwachwolle Justizpflege, die insbesondere gegen die Frauen geführt wird, anzukämpfen, damit Recht und Gerechtigkeit vor dem Gesetze endlich herbeigeführt werden.

Die neue griechische Regierung.

Athen, 8. Oktober. (Agence d'Athènes.) Die neue Regierung ist gestern beidseitig worden. Ministerpräsident und Kriegsminister ist Michailopoulos, Minister des Innern und Leiter des Marineministeriums Koussos. Die neuen Minister, von denen drei bereits dem Kabinette Sophoulis angehörten, sind Mitglieder der Rechten der Nationalversammlung.

gekrönt sein, wenn wir wacker arbeiten, denn hinter der Jugend stehen die breiten Massen des Proletariats. Alle Hindernisse der Gegner, der verbildeten und kurzfristigen Gewerbetreibenden und Kleinmeister werden überwunden werden durch den festen Willen des gesamten Proletariats, eine moderne, der Zeit entsprechende Fortbildungsschule zu schaffen.

„Keine“ Trennung von Kirche und Staat.

So wie aus der noch dem Kriege beabsichtigten großen Schulreform in der Tschechoslowakei eine kleine Schulreform geworden ist, so soll es auch nur eine kleine Trennung der Kirche vom Staat geben. So meldet wenigstens das Legionärblatt „Narodni Dvoboj“. Das Blatt erzählt nämlich aus Regierungskreisen, daß es unter den gegebenen Umständen nicht möglich sein wird, die Trennung der Kirche vom Staat, wie sich die fortschrittliche Öffentlichkeit vorstellt, durchzuführen. Deshalb wird man sich mit einem Surrogat der Trennung von Kirche und Staat begnügen müssen, wofür schon jetzt der Ausbruch keine Trennung sich einbürgert. Es sollen hauptsächlich jene Vorlagen, welche schon unter Minister Sabran vorbereitet wurden, so die gesetzliche Regelung der Feiertage und die weltlichen Matrizen, durchgeführt werden. Man erwartet, daß eine solche Trennung nicht auf Widerstand stößt und es möglich sein wird, sie noch in der Herbstsitzung durchzuführen. — Von einem Ministerium, in dem Alexakis sitzen, kann man freilich eine Trennung der Kirche vom Staat nicht erwarten.

Ausland.

Die Politik der Radikelpartei. Seit einigen Wochen diskutiert die südslawische Presse den Eintritt der kroatischen Bauernpartei in die Regierung Davidovic und den Kommunismus zufolge konnte man bis vor kurzem annehmen, daß Radic tatsächlich entweder selbst ins Kabinett eintreten oder Vertreter seiner Partei dahin entsenden würde. Nun kommt aus Belgrad überraschend die Nachricht, daß die Kroaten zwar weiter in der Regierungsmehrheit verbleiben, nicht aber in die Regierung eintreten wollen. In einem ausführlichen Kommuniqué erklärt die Parteileitung ihre Stellungnahme und greift gleichzeitig den Präsidenten der Stupischina Juba Jovanovic heftig an. Die Gründe gerade dieses Angriffes sind noch weniger klar als die des plötzlichen Entschlusses der Partei, der Regierung weiterhin fernzubleiben. Jovanovic gehört zwar zur radikalen Partei, stand aber gegen Radic in Opposition und hat an der Gründung des

Zum Gedächtnis Josef Seligers.

So wenig es auch notwendig ist, die Erinnerung an Josef Seliger in der deutschen Arbeiterklasse dieses Landes besonders wachzurufen, weil Seligers Wort und Werk in den proletarischen Organisationen und in ihrer Arbeit und ihren Kämpfen lebt, — so sehr war es doch für die leitenden Instanzen jener Organisationen, denen Seliger die Arbeit seines Lebens gewidmet hatte, Bedürfnis geworden, der Dankbarkeit der Arbeiter, ihrer unaussprechlichen Liebe und Treue sichtbaren Ausdruck zu geben. Sie beschloßen, die Stelle, die den Leib des toten Kämpfers birgt, mit einem schlichten Grabmal zu schmücken.

Am 18. Oktober werden es vier Jahre sein, daß Josef Seliger starb. Am 19. Oktober werden sich die Freunde und Mitsämpfer Seligers und Abordnungen der proletarischen Organisationen am Grabe des unvergesslichen Führers, um das nun fertiggestellte Grabmal — ein Werk des Teplitzer Bildhauers Wahal — zu einer

Gedächtnisfeier für Josef Seliger

versammeln, bei welcher Abg. Gen. Dr. Czech Worte des Gedenkens sprechen wird.

Um der Feier nicht den Charakter einer politischen Demonstration zu geben und um sie nicht aus dem Rahmen einer ganz einfachen Kundgebung der Liebe und Freundschaft zu heben, mußte man sich darauf beschränken, die Organisationen bloß zur Entsendung von Abordnungen einzuladen. Zur Teilnahme an der Feier werden gebeten die leitenden Instanzen aller proletarischen Organisationen — Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugendliche, Kinderfreunde, Krankenkassen, Arbeiterturner, Naturfreunde, Freidenker, Sänger, Radfahrer — und die Gruppen dieser Organisationen im Gebiete der Kreisorganisation Teplitz-Saaz.

Die Teilnehmer an dieser Gedächtnisfeier werden sich am

Sonntag den 19. Oktober, um 9 Uhr vormittags, auf dem Schönauer Konzertplatze in Teplitz-Saaz

versammeln und sich von dort aus in gemeinsamem Zuge nach dem Friedhofe begeben. Die Feier wird mit Bläserhören und mit Gesängen der Arbeiterfänger eröffnet und beschlossen werden.

Die Feier wird alle Freunde und Mitarbeiter Seligers zu gemeinsamer Bekundung der Dankbarkeit für den großen Führer und der Treue zu seinem Werke. Sie wird Erneuerung des Kampfgelobnisses für den Sozialismus sein.

Partei Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Kreisorganisation Teplitz-Saaz.

Kreisgewerkschafts-Kommission Teplitz-Saaz.
Konsum-Verein Teplitz-Saaz.

Kabinetts Davidovic tätigen Anteil genommen. Er verfaßt ein sehr vernünftiges Programm, das darauf hinausläuft, den Zentralismus langsam zu liquidieren und die Opposition zur Mitarbeit heranzuziehen. Da auch die Kroaten seit dem Regierungsantritt Davidovics ihre Forderungen herabgesetzt haben, sieht man nicht recht ein, weshalb sie Jovanovic so heftig bekämpfen. Sollte doch Radic in jüngster Zeit sogar eine Audienz beim König und erklärte, daß sich seine Partei auch mit der Monarchie ausöhnen würde, wenn diese nach englischem Muster demokratisiert wird. Es scheint, daß die Politik der Kroaten durch den Eintritt der Bauernpartei in die Moskauer Internationale nicht gerade an Konsequenz gewonnen hat. Radic schwankt seit seiner Moskareise zwischen radikaler Opposition und Opportunismus hin und her. Ob auf diesem Wege die Kroaten ihre berechtigten Forderungen durchsetzen werden, ist mehr als fraglich. Gerade der sinnlose Angriff auf den bei den übrigen Parteien überaus beliebten Kammerpräsidenten Jovanovic kann den demokratischen Parteien in SZS sehr schaden und gibt dem alten Integritäten Passie neuen Wind in seine Segel.

England und Ägypten. Die englische Regierung hat nunmehr den Text der Note veröffentlicht, die Macdonald an den englischen Oberkommissar von Ägypten gerichtet hat und in der er seine Stellungnahme zu den Forderungen Zaglul Paschas darlegt. Macdonald bezeichnet die Forderungen Zaglul als unannehmbar, da sie jeden Einfluß Englands auf Ägypten und vor allem auf die Beherrschung des Suezkanals beseitigen würden. Die Wichtigkeit des Kanals sei aber im Kriege besonders deutlich hervorgetreten und England könne auch zu Gunsten seiner Verbündeten nichts von seinem Rechte abgeben. Die Erklärung Macdonalds ist sehr gemäßig im Tone, in der Sache aber äußerst entschieden gehalten und es wird abzuwarten sein, wie sich die ägyptische Unabhängigkeitsbewegung nunmehr zu England stellen wird.

Die Bildungsteuer.

Der Antrag der Genossen Stern, Hofbauer und Jatsch an den Reichsausschuß zur Einhebung einer Bildungsteuer wird hoffentlich allgemeine Beachtung finden. Vor allem wird die Meinung sehr laut werden, daß schon genügend zu zahlen ist und eine Mehrbelastung der einzelnen Parteimitglieder unmöglich ist, obwohl niemand den Wert der Bildungsarbeit abstreiten wird. Aber zahlen . . . Hier liegt der Haken im Pfeffer! Sicher fällt es jedem in der heutigen Zeit schwer, finanzielle Opfer zu bringen. Fragt sich nur, ob es in diesem Falle auch ein Opfer ist. Und das muß schon gesagt werden, hier handelt es sich nicht um ein Opfer, sondern um die Anlegung eines Bacherzinses bringenden Kapitals. — Rollen wir einmal das Problem der Bildungsarbeit ein wenig auf. Wir Sozialisten wollen die sozialistische und wirtschaftliche Macht an uns reichen und an Stelle der kapitalistischen Unordnung die sozialistische Ordnung setzen. Ein Tag, der uns nicht neu ist und in dem doch das ganze Problem der proletarischen Bildungsarbeit enthalten ist. Macht übernehmen oder an sich reichen setzt ununterbrochene geistige Arbeit voraus, vor allem bei uns Sozialisten. — Es handelt sich doch nicht nur darum, die Macht zu erringen, sondern auch dieselbe zu erhalten und auszuwerten. Würden wir das können, wenn wir vor gegebene Tatsachen gestellt werden? „Natürlich!“ werden viele sagen. „Wert uns ins Wasser und wir werden und müssen schwimmen können. Ob das andere Ufer wohl erreicht wird?“ „In Russland ist es doch auch gegangen, dort haben wir die Macht.“ . . . Leider noch lange keinen Sozialismus. Die größten Anstrengungen werden gemacht um das Bildungsniveau der breiten Massen des russischen Volkes zu heben, in der Erkenntnis, daß die Macht allein zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht reicht, wenn nicht das Wissen hilft. Wahrscheinlich wird die Zeit lehren, daß die westlichen Länder schon längst den Sozialismus haben werden, während Russland immer noch schwere Bildungsprobleme zu lösen haben wird. Ich gebe zu, man kann darüber verschiedener Meinung sein, weil es sich ja doch um Theorien handelt, und will damit auch nicht den unergieblichen Streit zwischen uns und den Kommunisten auf die Tagesordnung bringen. Nur skizzieren will ich, wie wichtig für jeden Sozialisten diese Frage ist und welche ungeheuren Mengen geistiger Energie nötig sind, wenn wir im gegebenen Moment das andere Ufer erreichen wollen. Aber nicht nur die Zukunftsfragen, auch die Fragen an unterbrochene Bildungsarbeit. Ist erfolgreicher Lehntampf ohne Disziplin möglich? Was setzt Disziplin voraus? Einsicht in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, Lesen der Gewerkschafts- und politischen Tagespresse, Diskussionen in Versammlungen und Konferenzen, kurzum Bildungsarbeit. — Wie können wir wirksam die Forderung bekämpfen, wenn die große Schaar der Arbeitenden nicht mit den Waffen des Klassenkampfes vertraut ist, keinen Einblick in die Lager des Freundes und des Feindes hat, nicht die Gesetze der ganzen kapitalistischen Welt kennt? Wie können wir neue Kämpfer für unsere große Sache werben, wenn wir nur fühlen und nicht wissen? Keine Nachläufer sollen wir sein, sondern denke, Klassenbewusste Parteimitglieder, die sich durch zähe geistige Arbeit die Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus errungen haben. Wohllich keine kleine Arbeit! Und unmöglich ohne zielbewusste Bildungsarbeit. Darum muß jeder Sozialist die Einführung der Bildungsarbeit begründen, denn sie ermöglicht uns, systematische Bildungsarbeit zu leisten. Jeder Bildungsbeitrag bedeutet einen großen Schritt dem Ziele entgegen.

Eine Frage rein technischer Natur wäre zu erörtern, und zwar die Aufteilung des Bildungsbeitrages. Die drei Antragsteller wollen monatlich 50 Heller eingehoben haben und es sollen auf das Reich 20 Heller, auf den Kreis 20 Heller und auf den Bezirk 10 Heller entfallen. Die Lokalorganisationen wurden anscheinend vergrößert. Das ist nach meiner Meinung falsch. Unsere Bildungsarbeit krankt doch in erster Linie in den Lokalorganisationen und dort herrscht nicht in letzter Linie chronischer Geldmangel. Naturgemäß müßte der größere Teil des Beitrages in den Orten verbleiben. Man wird mir einwenden, daß die einzelnen Organisationen eher Gelegenheit haben sich Geld zu verschaffen und denkt dabei an die allgemein üblichen Feste und Tanzunterhaltungen. Das heißt aber das Pferd beim Schwanz aufhängen. Die Lokalen und Bezirke sind die kleinsten Einheiten in unserem Organisationsgetriebe und gerade deshalb müssen sie die größten finanziellen Zuschüsse für die planmäßige Betreibung der Bildungsarbeit erhalten. An der Ueberzeugung, daß die Bildungssteuer trotz verschiedener Bedenken zur Durchführung gelangt, stelle ich mir die gerechte und praktisch richtige Verteilung folgendermaßen vor: Totale 20 Heller, Bezirk 15 Heller, Kreis 10 Heller und Reich 5 Heller. Die Kreise und das Reich schließen in sich eine große Mitgliederzahl, haben daher größeren Einkommen und erhalten außerdem für ihre Bildungsstätigkeit neuwertige Zuschüsse von den Parteipersonschaften. — Soll die Bildungsarbeit tiefbüchse sein, darf sie von keinem engherzigen Standpunkt, auch in finanzieller Beziehung, beurteilt werden. Sie muß ausgehen von den Lokalorganisationen unter geschickter und erfahrener Leitung der Bezirks-, Kreis- und Reichsorganisation. Illam.

Tages-Neuigkeiten.

herbst.

Spätsonnenglanz
Liegt über dem schwindenden Sommertag.
Bunters Treiben erfüllt den verstummenden Tag.
Im Hüch-Wirbel-Tanz
Flirren die Blüten im Duft.
Und Stille über dem Feld. Nur eine Droffel ruft.
Um und um grüngoldenes Leben!
Nur die Blätter des Busches wollen es purpurn verfarben;
Im übersäumenden Glüdsrausch geben
Der verlassenden Sonne sie letzte Gut.
Ein Windstoß wirbelt sie auf in verwegendem Uebermut.
Sie gleichen — sie taumeln — sie sinken zur Erde —
— und sterben.
Hans Honheiser.

Ein Indianerbüchel für die Leser des „Prager Tagblatt“.

Oder: „Wahre Abenteuer des Geheimdienstes.“

Das „Prager Tagblatt“, dieses allervornehmste Bürgerblatt, hat in geradezu glänzender Weise die „Saison“ eröffnet. Und zwar mit einem Schlager, der alle Kaffeehändler von Prag und Umgebung in wohlwolligste Erregung zu versetzen imstande ist. Seit drei Tagen erscheint nämlich „im Blatt“ forschungsweise eine Geschichte, neben der die prächtigsten Erzeugnisse der Courtisankähler farblos, alle Detektivromane geradezu abgestanden anmuten. Denn was bedeutet alles Derartige im Vergleich mit den „wahren Abenteuern des Geheimdienstes“

denen Major Ruffel auf die Spur gekommen und die das „Prager Tagblatt“ zu veröffentlichen die Ehre hat. Mit angehaltenem Atem kann der Leser, der sich von den Anstrengungen des Verhörsnachmittages bereits erholt hat, die wunderbaren Erlebnisse deutscher und österreichischer Kriegsspione verfolgen, mit ehrfürchtigem Staunen erfährt er, wie von der Tüchtigkeit eines einzigen Spions der Ausgang des ganzen Weltkrieges abhing. Und wenn ihm schließlich erzählt wird, daß ein kühner Hohenzollernprinz, Joachim, Sohn Wilhelms, den allergrößten Spionagedienst in Frankreich verlor und nahe daran war, an die Wand gestellt zu werden, da läuft es dem geschätzten Tagblattleser vor lauter beständigster Sensationsgier eiskalt über den Rücken.

Vielleicht haben wir von dem Inhalt der bisher veröffentlichten Abenteuer, deren „Nachdruck, auch auszugsweise, verboten“ ist, schon zu viel vernommen und stehen jetzt vor der unmittelbaren Gefahr, den Major Ruffel auf den Hals zu bekommen, welcher Herr sich den Abdruck seiner Schauergeschichten sicherlich schwer berathen läßt. Und daß sich der Tagblattleser die Sache einen Bogen kosten läßt, geht schon daraus hervor, daß dieser Kriegskriminal-, Spionage- und Hohenzollernroman nicht in der sonst üblichen „Morgenszeit“, sondern im Reichshaupt- und Tagblatt erscheint, für das auf diese Weise neue intelligente Leser und Abonnenten gewonnen werden.

Es entzieht sich unserer Beurteilung, ob die wahren Abenteuer wenigstens einen wahren Kern haben. Doch aber das Um und Auf von einer allerdings glühenden Phantasie eingegeben ist, erscheint uns unverkennbar zu sein. Doch das ist Sache des „Prager Tagblatt“ und des Herrn Major Ruffel selber. Was uns aber Sache der Allgemeinheit zu sein dünkt, ist die Frage nach der Wirkung einer solchen Veröffentlichung. Und diese dürfte über Art und Maß der Wirkung schlechtester Detektivgeschichten und blutiger Indianerbüchel hinausgehen. Denn dieser angebliche wahre Spionageroman, diese Anpreisung „heldenhafter“ Kriegskundschafter und ihres allerheldenhaftesten und allerhöchsten Musterbeispiels, des Prinzen Joachim von Preußen, ist ganz darnach angelegt, die Seelen von Neuem zu verwüsten, anstatt Abweh gegen den Militarismus Bewunderung für die „Helden“, anstatt Verachtung nichtswürdiger und verantwortungsloser Dynastien etwas wie Hochachtung vor hohenzollernischen Abenteurern zu empfinden. Der dumme Junge, der zu Hause die Zeitung von Vaters Tische nimmt, läuft schwere Gefahr, durch die Lesart dieser, lediglich auf Sensation abzielenden Kriegskolportage ein moderner Abenteurer zu werden, jenen leuchtenden Beispielen nachzueifern, deren Wirken Herr Major Ruffel selber miterlebt haben will, mit denen er jetzt ein glänzendes Geschäft macht und bei denen vor allem das „Prager Tagblatt“ auf seine Rechnung kommt, das da durch die zitronengelblich-gelbliche Aufmachung der „wahren Abenteuer“ sich jedenfalls eine sehr rentable Sensation verspricht.

Der „Tag“ als Rechenkünstler. Der nationalsozialistische „Tag“ ist von Duz nach Ruffig übersiedelt. Auf dem Wege in seinen neuen Erscheinungsort scheint ihm nun das bisherige Verstand, das er je befehlen hat, auch noch abhandeln gekommen zu sein: denn er kann nicht einmal mehr rechnen, eine gewöhnliche Addition durchführen. In seiner Notiz über die sonntägigen Gemeindevahlen in Asch, die bekanntlich dem „vorbwärtsdrängenden“ Nationalsozialismus Stimmengewinn gebracht haben, erklärt nämlich der „Tag“, daß im Jahre 1920 im ganzen 42 Mandate zu vergeben waren. In einer Tabelle zeigt er dann den Mandatsstand der einzelnen Parteien im Jahre 1920 und — jeder Volkshüter wird das nachrechnen können — es kommt die Zahl 44 heraus. Bei genauer Prüfung der einzelnen

Zahlen der Tabelle wird jedoch jedem sofort klar, wie dem „Tag“ dieses Rechenkunststück passieren konnte. Der „Tag“ hat die einzelnen Zahlen gefälscht und geglaubt, daß die Leser ebensowenig rechnen können wie seine Redakteure. So schreibt der „Tag“, daß die Deutsche Wahlgemeinschaft früher 18 Mandate hatte; sie hatte ihrer jedoch 19. Die Kommunisten, die im Jahre 1920 nicht kandidierten, da ihre Partei gar nicht bestand, bekamen nach dem „Tag“ drei Mandate. Die letzte Fälschung ist die erbärmlichste, da der „Tag“ zu der Zahl drei das Wort „früher“ stellt, also den Stand vor den Sonntagswahlen mit dem im Jahre 1920 gleichzusetzen sich bemüht. Der „Tag“ fälscht auf jeden Fall: erstens hatten die Kommunisten im Jahre 1920 kein Mandat und zweitens bekamen sie vor der Sonntagswahl von den zwölf ehemaligen sozialdemokratischen Mandate, da uns nach der Spaltung nur ein Mandat verblieb. Das darf der „Tag“ natürlich nicht feststellen, sonst könnte er nicht schreiben:

„Mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die wiederum eine beträchtliche Anzahl Stimmen verloren haben, sind die Parteiverhältnisse gleich geblieben.“

In Wirklichkeit haben die Nationalsozialisten, entgegen der Behauptung des „Tag“ früher vier Mandate gehabt, und haben jetzt nur drei. Die Sozialdemokraten bekamen vor der Wahl ein Mandat und haben sieben hinzugewonnen. Der „Tag“, der im Interesse des „Aufstieges“ seiner Partei diese Tatsache nicht feststellen darf, wird auch durch die dümmsten Rechenkunststücke die Wahrheit nicht wogordieren können; daß wir marschieren!

Venes aus Genf zurückgekehrt. Ministerpräsident Venes kehrte gestern abends von der Tagung des Völkerbundes in Genf zurück und wurde auf dem Bahnhof in Pilsen sowie in Prag festlich empfangen. Auf dem Wilsonbahnhof in Prag hatten sich vor allem Vertreter der Nationalsozialisten und eine große Menschenmenge zu seiner Begrüßung eingefunden, wobei die obligaten Begrüßungsreden gehalten wurden. Das tschechische Presbureau widmete diesem Ereignis natürlich spaltenlange Berichte.

Die Verteidiger Baerans freigesprochen. Vor dem Senate des Landesgerichtes in Brünn fand gestern der Prozeß gegen die beiden Rechtsanwälte im Baeranprozeß Dr. Gollner und Dr. Buchta wegen des Verbrechens der Vorbeschuldigung statt, das sie dadurch begangen hatten, daß sie verurteilt haben, sich des Handoffers zu bemächtigen, welchen Karl Schwabe bei seiner Ankunft von Prag in der Brünnener Bahnhofsgarderobe deponierte. Die Polizei hat damals den Koffer beschlagnahmt und darin wichtige Photographien gefunden. Dr. Gollner wird ferner der falschen Zeugnisaussage und der Aufstiftung zur falschen Zeugnisaussage beschuldigt. In der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt das Verhör neuer Zeugen, welchem Antrag das Gericht aber nicht beitrug. Der Staatsanwalt hat die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet. Unter den vernommenen Zeugen befand sich auch Karl Schwabe. Am 19. Uhr 15 Minuten wurde das Urteil verkündet, welches für beide Angeklagte auf Freispruch lautete.

Verbrannt. Aus Troppan wird uns gemeldet: Die Witwe Karoline Wiedermann in Troppan war krank und machte über ärztliches Anraten Spiritusumschläge, welche durch einen unglücklichen Zufall Feuer fingen. Von den Umschlägen fingen die Kleider der Witwe Feuer; sie erlag den erlittenen Brandwunden.

Ein 16jähiger Brandstifter verhaftet. Der Gendarmen gelang es endlich, den Brandleger von Schweinig bei Sudweis zu verhaften. Es ist dies der 16jährige Sohn des Landwirts Dušek in Schweinig. Er gestand, 16 Brande gelegt zu haben.

In England.

London, Anfang September.

Das Flugzeug rollt im großen Hafen von Croydon bis vor die Gepäckhalle. Der Deutsche wird bei der Paßkontrolle noch ein kleines bißchen anders behandelt als sonstige Einreisende. Danach fahren wir rasch in das zum Wochenende schlafengehende London hinein. . . .

In der Victoria Street knallt Beschuss in die Dämmerung. Jahn- und zwölfjährige Boy Scouts, trappermäßig aufgeputzt — die Sehnsucht unserer eigenen Jugendzeit — marschieren unter Führung einzelner Erwachsener (ihrer Lehrer?) heran und vorbei. Der Sonntag in London scheint der Provinz und den Erwerblosen zu gehören. Vor dem Gitter der Wellington-Kaserne sammeln sie sich in Trupps. Hier stehen die langen Reile des alten Fritz — die wir längst tot glauben — in roten Uniformen, mit halbmeterhohen Pelzfässern auf dem Kopfe, zur Schau oder zur Wache — wie man sagen mag. Neben ihnen erobert deutsche Kanonen (die ich überdies in Südengland auf Schießplätzen, in Oxford sogar neben dem grünen Tennisplatz der Studentenaristokratie wieder fand — zum Glück ungepflegt, gewissermaßen angegammelt, vielleicht lästig oder verhasst). In der Whitehall, vor der Kaserne der Horse Guards, querscht sich jung und alt zu dicken Haufen. Hier sitzen in zwei nach der Straße hin offenen Steinhäuschen, hoch zu Ross mit riesenhaften blühblauen Wasserbücheln, den Helm tief auf der Nase, steif und stumm Garderegiment. Das Volk gafft. . . . In der Mauer, zwanzig Meter weiter, klebt ein lithographiertes Plakat, das die Bedin-

gungen enthält, unter denen bei der Garde Leute eingestellt werden: Größe, Sold, Aussichten. . . . Ich kann mir nicht helfen: das England gefällt mir nicht, zumal doch deutlich zu fühlen ist, daß es sich mit seinem Traditionskult selbst täuscht.

Downingstreet liegt still, eng und stumm. Weiter unten statern unantrieben der Straße an einem hochragenden Monument britische Fahnen: Stränge häufen sich, verwickelt und frisch. Gut ab — „Den Toten des Weltkrieges.“ (In Par's liegt der unbekante Soldat unter dem Arc de Triomphe — auch dort konnte ich, wie jedem man — den Hut ziehen. Wo chri man in Deutschland die Männer, die starben, das Volk, das sich opferte, den Unbekannten, der im Graben verschied? Man muß sich schämen.)

Die Westminster-Abtei, der Tower, das sind heute Volksangelegenheiten, Sehenswürdigkeiten, die „man“ erlebt haben muß. Die neue Zeit — Autobusse, Untergrundbahn und Nachmittagssee — passen noch eher zum englischen Pantheon, der Westminster-Abtei, als zum Tower. Die ungeheuerliche Brücke, die nahebei über die Themse führt, drückt diese düsteren Mauern zu einer Kleinheit herab, die ihrer Geschichte widerspricht. Stahlkonstruktion und Montagetarbeiter siegen über das Gestein und Mönche. — Am Montag morgen erwacht London sehr früh. Die Autobusse toben durch die geleerten Straßen, Policemen repräsentieren die hier weitbehaltene fegeordnete Ordnung — sie wissen überdies in der Fülle der Verkehrsmöglichkeiten auch nicht immer Bescheid.

In der Nelsonsäule, am Trafalgar-Square wird ein Plakat — schwarze Wachleinwand, weiße Selbstbenutzstoben — aufgestellt, Menschen sammeln sich. Ein Mann beginnt zu sprechen: „Arbeitslose“ . . . Hinter ihm unterhalten sich leise

seine Mitwohlernden, Notveredner, Freunde. Von drüben her wundern sich die Säulen der National Gallery, in ihr zeigt England seine stolze, repräsentative Sammlung an Meisterwerken der größten Maler der Welt — jenseits der Versammlung, auf der andern Seite der Nelsonsäule, füttern Kinder die zahmen Tauben.

Und der Querschnitt dieses Bildes? England hat Sorgen! Seine Arbeitslosen rufen — der Dawes-Plan ist noch Papier — Russland ist ein Wechsel auf die Zukunft — im dunklen London wird gehungert wie in Berlin, Paris und Moskau!

Oxford. Das läßt sich kaum beschreiben. Oxford ist die Stadt der Kollegen, der Studenteninternate, die versteinerte Tradition braucht gepflegten Herrments. Und dennoch ist auch das wieder ein Stück Selbsttäuschung des alten Englands. Die neue Zeit — der arme Student und die Arbeiterbildung — haben schon längst in Oxford ihren Einzug gehalten. Das Ruskin College wird von den englischen Gewerkschaften materiell und geistig mit gestützt.

Interessant ist, wie in Oxford der Kult der englischen Tradition gepflegt wird. Neubauten sind natürlich Notwendigkeit. Sie werden aber nicht in der Architektursprache der Gegenwart oder irgendwelcher sonstigen neueren Ausdrucksform geschaffen, nein: man baut das Alte nach. So täuscht Oxford äußerlich eine Geschlossenheit der Vergangenheit vor, die England gar nicht gehabt hat und auch jetzt nicht besitzt. Das ist der Fehler der englischen Klugheit oder richtiger, die Klugheit der englischen Fehler. — Wie weit die Arbeiterbewegung noch vom Zentrum des Staats entfernt ist, kann auch in Deutschland daran erkannt werden, daß sie kaum eine eigene Muttersprache hat. Wir haben noch wonige Gewerkschaftshäuser,

die unsere Gedanken und unsere selbstbewusste Kraft der Nachwelt überliefern. Erst wenn wir bauen, werden wir die wirklichen Herren des Staates sein.

Im Ruskin College hält oben die Amsterdamer Internationale ihre Sommer-Schule ab. Sie schickte leuchtigere Gewerkschafter hierher. Es gibt Berichte und Einblicke: Ein Zunder spricht von der inneren organisatorischen Eigenart der Gewerkschaften seines Landes, der Japaner — vom Seelenverband — berichtet über die Kämpfe um Lohn und Brot im fernem Osten, Australien, Amerika, Spanien — alle berichten über den sozialen Kampf ihrer Arbeiterklasse. Der Schotte spricht mit Stolz von seiner nationalen Gewerkschaftsbewegung, dann kommt Irland, England, Frankreich, Belgien, Deutschland, die Schweiz, die Tschechoslowakei, Polen usw. Ueberall, ja überall organisierte sich das Proletariat, baut es seinen Gewerkschaften, kämpft und leidet. Ein großes Web verbindet die Welt — das gewar eine Idee, sie fendet über den ganzen Erdball Wellen im Welt: Proletariat aller Länder, vereinigt euch!

Abends versammelt sich alles zum fröhlichen Verstehen. Irlands Freiheitslieder, deutscher Arbeiterjugendgesang, spanische Weisen und englische Scherze, sie bilden das Band fester und fester: Der Gewerkschaftsinternationale wächst im Verstehen der Nationalität des andern neue Kraft. —

England und der Kommunismus: Um dieses Problem zu verstehen, ist die Auerkennung einer Voraussetzung notwendig: die Welle der kommunistischen Aktion, die mit voller Kraft über das müde Deutschland brannte, hat England nur gestreift. Hier ist kein rechter Boden für politische Verzweiflungsparolen. So sehen die englischen Gewerkschafter — bei uns werden sie von den Kommunisten alle Tage als reaktionäre, nationalstiftliche Kapitalistenwech-

Von den „Vorsehern der Arbeit“. Dieser Tage wurde der Bergarbeiter John Bech aus Mähren...

Tschechoslowakisch-englisches Auslieferungsabkommen. In den nächsten Tagen werden in London die Verhandlungen betreffend den Rechts...

Wie die Bodenreform durchgeführt wird. Dieser Tage wurde dem Senator Brasel laut „Neurobi Demokratie“ ein Erlass des staatlichen...

Soldaten Selbstmord. Am Sonntag vormittags wurde am Rande der Rindhofstraße „Solo“ in...

Winterpost-Schnellzüge ab Prag in der Saison 1924/25 werden verkehren: Abfahrt von Prag, Wils...

Das „Sondervermögen“ des ehemaligen preussischen Königshauses. Eine für die Mentalität...

beschimpft — wie ihre Regierung mit dem Bund der Sowjetunion verhandelt, den englischen Arbeit...

In England wird offen davon gesprochen, daß auf dem russischen Markt bald neben den britischen...

Die Gewerkschafter aller Länder werden wegen der unumkehrlichen Auswirkungen der Dawes-Verpflichtungen zunehmend bedenklicher.

Spezialge Konsumanten der europäischen Industriearbeit — z. B. Australier, Indier usw. — rücken...

Der indische Gewerkschaftsführer berichtet uns, daß in seinem Land der eingeborene Textilarbeiter...

Die sozialistische Arbeiterpartei Russlands an Finnen. Der Berliner „Vorwärts“ bringt einen offenen Brief des Bureaus des Zentral-

Zur Postentlassung Hilters. Es steht nunmehr, wie uns aus München gemeldet wird, fest, daß die Entscheidung des Obersten Landesgerichts...

Die Kerne von ihre Spargrößen betrogen. In Graz wurde ein gewisser Tschirsky verhaftet und dem Landesgerichte eingeliefert.

Eine Fälscherwerkstätte entdeckt. Dienstag abends ist in Reutku bei Berlin eine Werkstätte für Fälschungen von Pässen und sonstigen...

Londoner Straßen. In der Leisterstreet flammten die elektrischen Kesseln auf (Die Lichteffekte auf den großen Pariser Boulevards...

Der Verkehr staut — es ist die Berliner Friedrichstraße mit all ihren Kaufangeboten und dunklen Erstickern, und doch ist es hier ganz anders.

Ich sah mich in einer um: Ein Ring stiller Menschen, in der Mitte warme Chorherren. Airchengefang, Windlichter: katholische Predigt gegen das Sündenbabel London.

Der Bootszug — wie alle englischen Wagen, die ich kennen lernte, in der dritten Klasse gepolstert und beheizt — fährt aus London heraus, die...

drucke beziehen. Verschiedene Umstände lassen es als sicher erscheinen, daß der Leiter dieser Werk-

Ein Unwetter an der französischen Küste. Ein ungewöhnlich starker Weststurm hat beträchtlichen Schaden an verschiedenen französischen Küstenstrichen verursacht; etliche Fischerboote...

Verstärkung der Fremdenkontrolle in Frankreich. „Zeit Journal“ erzählt, daß die französische Regierung die Fremdenkontrolle verstärken wolle.

Ein Sozialdemokrat Präsident des dänischen Reichstages. Die ordentliche Session des dänischen Reichstages wurde gestern eröffnet.

Der Zusammenbruch Castiglions. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Mailand, daß der Direktor der Banca Commerciale, Rossi, der zur Fort-

Die Redakteurermorde in Sowjetrußland. Am 7. Oktober beginnt in Nikolajew das Gerichtsverfahren gegen die Mörder des bäuerlichen Sowjetberichterstaters Malinowski.

Hausdurchsuchungen bei Radiohörern in Berlin. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, ist in jüngster Zeit in Berlin beobachtet worden, daß die...

Die Ehre für den Teheraner Konsulmord. In Teheran wurde auf Grund eines richterlichen Urteils der persische Soldat, welcher den amerikanischen Konsul ermordet hatte, öffentlich mit Pulver und Blei...

Magyarisch-russischer Gejungen-Austausch. Am 19. Oktober treffen in Moskau 12 magyarische Revolutionäre ein, welche sich bisher in magyarischen Gefangnissen befanden.

Sie 19, er 57 Jahre alt. Ein geheimnisvolles Drama mit tödlichem Ausgang hält derzeit Szeped in Aufregung. Die 19jährige Anna Kofkor, ein Mädchen...

Polizei nimmt indessen an, daß zwischen dem 57-jährigen Manne und dem auffallend schönen Mädchen eine Liebesverhältnis bestanden habe und das...

Wetterüberblick vom 8. Oktober. Das schöne Wetter, das in der Nacht auf Dienstag in der Westhälfte der Republik eingetreten war, hat im Laufe...

Die Beschlagnahme des Stift Tepler Besitzes in Marienbad. Eine Kundgebung der Vertrauensmänner unserer Partei in Marienbad.

Vor einigen Wochen wurde der Verwaltung des Stiftes Tepl vom staatlichen Bodenamt die Eröffnung gemacht, daß im Laufe der nächsten Monate auch die Besitzungen des Stiftes Tepl auf-

Ein am letzten Sonntag in Marienbad stattgefundene Konferenz unserer Vertrauensmänner aus dem ganzen Bezirke hat mit der angestrebten...

Die am 5. Oktober 1924 in Marienbad tagende Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensmänner des politischen Bezirkes Marienbad hat...

Die Vertrauensmänner der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei vertreten nach wie vor die grundsätzliche Auffassung, daß der Grund-

1. die herrlichen Wälder in Frage kommen, die Entgelnung zu Gunsten aller Gemein-

2. Der mit dem Kurbetrieb unmittelbar zusammenhängende Realitätenbesitz des Stiftes Tepl (Badehäuser, Brunnenanlagen usw.) ist in das Eigentum der...

Die Konferenz stellt weiter fest, daß die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei diese Auffassung seit Kriegsende einnimmt, daß sie aber bis in die jüngste Gegenwart bei den Bürgerlichen...

Volkswirtschaft.

Die Kommunisten weichen den Vertragskündigungen aus.

Am 21. September fand eine Ortsgruppenkonferenz der Vertrauensleute der Union der Textilarbeiter des Friedländer Vertragsgebietes statt, auf welcher die Kündigung des Vertrages beschlossen wurde. Ferner wurde beschlossen, der kommunistischen Textilarbeitersektion hiervon Mitteilung zu machen, doch auch sie hierzu Stellung nehmen. Am 22. September hielten die Kommunisten eine Exekutivsitzung ab, in welcher beschlossen wurde, für Montag, den 29. September 1. J., eine gemeinsame Sitzung der kommunistischen Ortsgruppen abzuhalten und dazu die Union sowie die Christlichen einzuladen. In dieser Sitzung berichtete der Kommunist Mai, daß sich ihr Vorstand schon seit Wochen mit Vertragskündigungen befaßt habe, jedoch aus verschiedenen Gründen bis heute von Kündigungen abgesehen habe. Nach der Meinung des Kommunisten Mai sei wohl eine Forderung vorhanden, jedoch seien der richtige Zeitpunkt und die Verhältnisse maßgebend, ob eine Vertragskündigung vorgenommen werden kann oder nicht. Wichtig sei, daß nur dahin getrebt werde, daß in der jetzigen Zeit die bestehenden abgebauten Vertragslöhne eingehalten und auch ausbezahlt werden. In welchem Ausmaß bei einer Vertragskündigung die Durchführung der Forderungen möglich sein wird, würde sich ja zeigen, nachdem die Unternehmer diese Kündigung als eine prinzipielle Frage betrachten würden und deshalb müßten die Arbeiter auf den Ernst der Sache aufmerksam gemacht werden, weil es zu harten und schweren Kämpfen kommen kann. Herr Mai sagte dann weiter, „ob wir die Kraft besitzen, um den Kampf aufnehmen zu können, und ob diese Kampfsituation unter der Arbeiterschaft vorhanden ist, sei eine Frage“.

So also sieht die revolutionäre kommunistische Textilarbeiterorganisation aus. Feuerungsdemonstrationen werden veranstaltet, große Reden werden gegen die Feuerung gehalten, aber von der praktischen Arbeit, von einer wirklichen Hilfe für die Arbeiter will die kommunistische Textilarbeiterorganisation nichts wissen. In diesem Referat, welches zur praktischen Gewerkschaftsarbeit Stellung nimmt, offenbart sich der wahre Radikalismus der kommunistischen Gewerkschafter. Die Union der Textilarbeiter hat bereits in vielen Gebieten Vertragskündigungen vorgenommen, unter anderem in Wittkau, in Liebowitz, in Reuditz, in Grassitz, in Freiwaldau, Fulnek, Reutischheim, Schönlinde usw.; außerdem sind noch eine ganze Reihe Vertragskündigungen in Vorbereitung. In verschiedenen Gebieten sind bereits Streiks ausgebrochen. Auf der ganzen Linie werden die Arbeitgeber angegriffen und die kommunistische Organisation und ihr Vertreter Mai windet sich wie ein Schlangenmensch, um den Vertragskündigungen überall, wo sie eine größere Mitgliederzahl haben, auszuweichen zu können, was ihnen auch bisher gelungen ist. Für Herrn Mai besteht keine Forderung.

Die Kommunisten mit Mai an der Spitze wollen vorläufig die Unternehmer nicht angreifen, um lieb und zu sein und um später sagen zu können: „Die Union ist schuld, daß eine größere Lohnerhöhung nicht erzielt werden konnte, denn sie hat durch ihre Streiks nicht mehr herausgeholt.“

Wie ändern sich die Zeiten! Früher, als noch die Einheitsorganisation bestand, war Reichenberg allen voran und nach der Radikalisierung hinken sie den rückständigsten Gebieten nach.

Auswanderung im August 1924. Nach den vorläufigen Vorkerkungen des Statistischen Staatsamtes (zu deren Vervollständigung noch Daten aus zwei Bezirken für August und aus zwei Bezirken für Juli fehlen) wurden im Monate August Auswandererpässe ausgefolgt: in Böhmen für 533 Personen, in Mähren für 288, in Schlesien für 62, in der Slowakei für 1534, in Karpathien für 26, in der ganzen Republik zusammen für 2438 Personen (im Juli 1924 für 1547 Personen). Von diesen Personen haben (außer zwei, die das Reisefiel nicht angegeben haben) als Reisefiel folgende Staaten bezeichnet: a) Europäische Staaten: Frankreich 1393 (im Juli 689), Ungarn 316 (122), Österreich 172 (115), Deutschland 79 (83), das Königreich SZS. 44 (26), die Föder. d. sog. Sowjet-Republik 39 (21), Polen 19 (15), Italien 18 (2), Rumänien 15 (23), sonstige europäische Staaten 26 (31). b) Ueberseeische Staaten: Die Vereinigten Staaten von Nordamerika 112 (192), Kanada 112 (146), Argentinien 71 (59), Brasilien 11 (6), sonstige überseeische Staaten 9 (15). Diese Statistik der nach den überseeischen Staaten ausgegebenen Auswandererpässe wird durch die Statistik des zum Ueberseetransport übernommenen Auswanderer ergänzt. Ihre Anzahl betrug im ganzen 438 (im Juli 617), und zwar verteilten sie sich auf die nachfolgenden Staaten: Vereinigte Staaten von Nordamerika 359 (110), Kanada 22 (427), Argentinien 41 (60), Brasilien 14 (3), sonstige überseeische Staaten 2 (14).

Nach zwei Jahren. In dem unter diesem Titel in der Nr. 236 vom 7. Oktober veröffentlichten Aufsatz ist ein sinnstörender Druckfehler unterlaufen. Im zweiten Absatz soll es heißen: „Die passive Resistenz der Grubenbesitzer“ nicht aber „die passive Resistenz der Grubenarbeiter“. Dies ergibt sich schon aus dem Sinn des Satzes, in dem gesagt wird, daß das neue Bruderladengesetz infolge der passiven Resistenz der Gruben-

besitzer zwei Jahre lang nicht in Durchführung treten konnte.

Internationale Messe-Konferenz. In der internationalen Handelskammer in Paris sind am Montag die Vertreter der Organisationsausschüsse der internationalen Wirtsmessen zusammengekommen. Vertreten waren: die Tschechoslowakei, Spanien, Frankreich, England, Italien, Luxemburg und Holland. Es wurde beschlossen, die Aktion für die Einschränkung der Zahl der Messen und Veranstaltungen, die wirklich diesen Namen verdienen, fortzuführen. Es wurde auch angeregt, daß sich die Nachbarstaaten über die Zeit der Abhaltung von Messen verständigen sollen, um das Zusammenfallen von Veranstaltungen zu vermeiden. In der nächsten Sitzung, welche wieder in Paris stattfinden soll, soll der Ausschuss für ein permanentes Büro konstituiert werden.

Die Betriebsräteversammlung der Grazer Metallarbeiter hat beschlossen, die von der Unternehmerschaft angebotene neunprozentige Lohn- und Akkordhöhung anzunehmen und den seit drei Wochen andauernden Streik zu beenden. Eine Gruppe von kommunistischen Arbeitern versuchte, in die Versammlung, in der die Annahme beschlossen wurde, einzudringen, wurde jedoch davon gehindert.

Der Kampf in der Wiener Staatsdruckerei. In Angelegenheit der passiven Resistenz in der Wiener Staatsdruckerei ist es zu einer Einigung gekommen. Die Vertreter der Arbeiter haben erklärt, daß sie den Arbeitern die Annahme der Vereinbarung anempfehlen werden.

Oesterreich-italienische Vereinbarungen. Wie das italienische Volkswirtschaftsministerium verlautbart, wurden in der letzten Zeit mit der österreichischen Regierung fünf Konventionen über die Regelung der Ansprüche aus den Sozialversicherungen abgeschlossen, und zwar imbetreff der Allgemeinen Pensionsanstalt der Angestellten, der Unfallversicherungsanstalt der Eisenbahn, des Pensionsinstitutes der Lokalbahnen, der Unfallversicherung der Bergarbeiter und der Krankenkasse der staatlichen Eisenbahn.

Die russische Misgernte. Nach Angaben des russischen Landwirtschafts-Volkswirtschaftsministeriums ist der Stand der Saaten in den nördlichen, nordöstlichen und nordwestlichen Gebieten Rußlands befriedigend in den mittleren und südöstlichen Gebieten fast befriedigend. In den westlichen Teilen schadet die Trockenheit dem Wachstum der Saaten. Die Kommission des Rates der Volkskommissare des ZSRR für die Bekämpfung der Folgen der Misgernte ließ in die von der Misgernte betroffenen Gegenden 21.600.000 Rub Saatkorn schaffen, damit die gesamte Anbaufläche bebaut werden könne.

Mitteilungen aus dem Publikum.

355 Kö kostet ein Damen-Mantel aus rein wollenem Viber-Pflisch, ganz auf Brokat-Stoff gearbeitet (Fasson Barry) bei Busch, Damen- und Baafisch-Konfektion en gros und en detail, **Prag, Příkop 27** (Mitte des Grabens), **Großer Basar** — nur 1. Stock, keine Schaufenster! 2960

Kunst und Wissen.

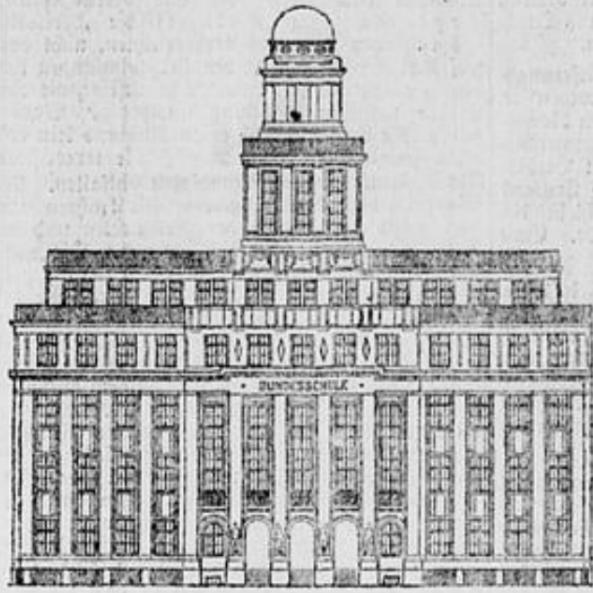
Abgabe an den Autorenverband. In der letzten Zeit erhielten viele unserer Organisationen und Ortsgruppen der proletarischen Vereine Zuschriften vom Autorenverband in der Tschechoslowakischen Republik mit der Aufforderung, einen gewissen Betrag für aufgeführte Musikstücke zu zahlen. Die Vorschriften erfolgten ohne Aufzählung der autoren-abgabepflichtigen Werke. Wir fordern daher alle unsere Organisationen auf, bei Erhalt einer solchen Verschreibung folgende Anfragen an den Autorenverband zu richten: 1. Wo, wann und welche gebührenpflichtigen Musikstücke zum Vortrag gelangt sind. 2. Welche Werke zur Ausführung kamen. 3. Vorträge des Nachweises, daß die aufgeführten Musikstücke und Werke noch geschützt sind. 4. Auskunft zu verlangen, nach welchen Grundlagen der vorgeschriebene Betrag verrechnet wird. Werden diese Anfragen vom Autorenverband ordnungsgemäß beantwortet, ist damit erwiesen, daß die aufgeführten Werke gebührenpflichtig sind; erst dann wäre der vorgeschriebene Betrag zu entrichten.

Ein Zyklus von sechs philharmonischen Konzerten. Die neue Spielzeit wird wiederum einen Zyklus von sechs philharmonischen Konzerten bringen, in deren Rahmen folgende Werke zur Aufführung gelangen werden: Beethoven: 1. 3., 7. und 8. Symphonie, Mahler: 2. Symphonie, Schönberg: Pelleas und Melisande, symphonische Dichtung, Strawinsky: „De jare de printemps“, symphonische Dichtung, Bartók: Konzerte (neu), Alban Berg: drei Stücke aus „Wozzeck“ (neu), Schuchhoff: Symphonische Variationen (Uraufführung, Manuskript), Krása: zwei Orchesterstücke (Uraufführung, Manuskript), Ullman: Symphonische Fantasie (Uraufführung, Manuskript), Schimerring: „Mischblüte“, Dichtung für Orchester und eine Chorstimme (Uraufführung, Manuskript), Detius: „Eine Messe des Lebens“ für Sopran, Alt, Tenor, Bariton, gemischter Chor und großes Orchester. — Die Termine der einzelnen Konzerte werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Für den Zyklus wird wiederum ein eigenes Abonnement zur Ausgabe gelangen.

Tschechisches Ballett. Das tschechische National- und Staatstheater hat in der letzten Zeit seine besondere Fürsorge dem Ballett zugewendet. Ende Juli kam die Reinszenierung des tschechoslowakischen Märchenballetts „Dornröschen“

Turnen und Sport.

Grundsteinlegung der Hochschule für Arbeiterport in Deutschland.



Oedglovan Kositz gegen Slavia Prag 3:2 (2:1). Mittwoch mußte Slavia nach ihrem sonntäglichen Siege im Demifinale des Cups eine Niederlage in Kauf nehmen, die aber, ihrer Spielweise entsprechend, gerechtfertigt war. Oedglovan sicherte sich in der ersten Viertelstunde einen Vorsprung von zwei Toren, dem Slavia blieb eines gegen Schluß der ersten Halbzeit entgegenzusetzen kann, so auch in der zweiten Hälfte, trotz dreier, ihr zugesprochener Ehrenter!! Häßlichkeit der Tormann der Kositzer, welcher die schwierigsten Situationen glücklich löste (einen Elf-

meter schieß er, zwei wurden verschossen), sowie ihre flinke, gut verteidigende Hintermannschaft, gegen die Slavias Stürmer sehr unglücklich kämpften, trotzdem sie überlegen im Spiele waren. Schiedsrichter Herr Zabad; eigentlich müßte bloß die Anführung seines Namens genügen, denn daß das Spiel nicht unangenehm — durch seine größtenteils verkehrten Entscheidungen — ist nicht sein Verdienst, sondern beider Mannschaften, die sich eines ruhigen Spieles befleißigten. —

meter schieß er, zwei wurden verschossen), sowie ihre flinke, gut verteidigende Hintermannschaft, gegen die Slavias Stürmer sehr unglücklich kämpften, trotzdem sie überlegen im Spiele waren. Schiedsrichter Herr Zabad; eigentlich müßte bloß die Anführung seines Namens genügen, denn daß das Spiel nicht unangenehm — durch seine größtenteils verkehrten Entscheidungen — ist nicht sein Verdienst, sondern beider Mannschaften, die sich eines ruhigen Spieles befleißigten. —

Literatur.

Die „Konsumgenossenschaft“ Nr. 19 vom 1. Oktober 1924 hat folgenden Inhalt: Propagandaarbeit. Von Konrad Schreiber (Mähr. Schönberg). — Zeitschriften: Streifzüge durch die Genet. Internationale Genossenschaftsausstellung. Von Franz Vojta (Prag). — Die internationale genossenschaftliche Zusammenkunft in Gent. Von Andreas Kory (Prag). — Verband deutscher Kaufleute in Böhmen und die Konsumvereine. Von Benzl Hadl (Böhm. Kamnitz). — Der Genet. Internationale Genossenschaftskongress. — Gesetz über außerordentliche Erleichterungen bei Zahlung der direkten Steuern. — Anmeldung der Einkünfte von Mehl und Getreide. — Ferner die reichhaltigen Rubriken: Vom Tage. — Bildungsarbeit. — Tarifarische Mitteilungen. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Anknüpfungen der Konsumvereine.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Die für Dienstag, den 11. Oktober einberufene Sitzung der Bezirksvertretung kann wegen einer anderen Veranstaltung einer befreundeten Organisation nicht stattfinden. Die Sitzung der Bezirksvertretung findet vielmehr Mittwoch, den 13. Oktober, um acht Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter statt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs- & B. Prag für den Druck verantwortlich: O. Holik

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Kapazität von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Kapazität von 250.000 Zeilen. Seraprecherstr. 27. Postfach Nr. 127. 903

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfeht sich den p. l. Behörden, Varsinen, Organisations, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugblätter, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNHAU Tischlergasse Nr. 6.

Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.